

«Wenn es der Welt besser geht, wird die Schweiz sicherer»

Stellungnahme zur geplanten Kürzung des Ständerats bezüglich der Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit, 11. Juni 2024

Der Ständerat hat am vergangenen 4. Juni 2024 entschieden, dass er der Entwicklungszusammenarbeit zwei Milliarden Franken entziehen und damit das Armeebudget für die kommenden vier Jahre aufzustocken will. Für den Dachverband christlicher Entwicklungsorganisationen Interaction ist dieser Entscheid nicht nachvollziehbar: Er gefährdet die langjährige und solide Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz in zahlreichen von Armut und Ungerechtigkeit betroffenen Ländern. Der Entscheid trägt nicht zu mehr Sicherheit bei, sondern schadet der internationalen Reputation der Schweiz.

Während auf der Welt immer mehr Menschen von Krisen und Naturkatastrophen betroffen sind, soll sich die Schweiz gerade jetzt noch weiter vom UNO-Ziel der 0.7% des Bruttoinlandprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit entfernen. Für Matthieu Dobler Paganoni, Geschäftsleiter von Interaction, ist der Entscheid ein klarer Widerspruch zur humanitären Tradition der Schweiz und nicht in Einklang zu bringen mit einer christlichen und friedenspolitischen Haltung: «Massiv mehr Geld für die Armee freisetzen und gleichzeitig die Entwicklungszusammenarbeit in einem historischen Ausmass ausbluten lassen? Das ist nicht im Sinne einer solidarischen Schweiz, welche sich für Frieden und Gerechtigkeit auf dieser Welt einsetzen möchte.»

Zudem wirken Sicherheit und Entwicklung immer eng zusammen. Armee und Entwicklungszusammenarbeit sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Denn ohne Entwicklung gibt es keine nachhaltige Sicherheit. Um einen umfassenden Beitrag zur globalen Sicherheit zu leisten, sind Instrumente zur Stärkung der Menschenrechte, der zivilen Friedensförderung sowie der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe viel besser geeignet und nachhaltiger.

Die geplanten Einsparungen zugunsten der Armee würden ab 2025 bis 2028 zusammen mit den Beiträgen für die Ukraine zu Kürzungen bei der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) im Umfang von einem Drittel führen. In Zahlen bedeutet dies pro Jahr: 500 Millionen weniger für die IZA zugunsten der Armee sowie 400 Millionen weniger zugunsten der Hilfe für die Ukraine. Somit könnte die Schweiz in vielen Ländern nicht mehr wirksam zur Armutsbekämpfung beitragen und die Zahlungen an multilaterale Organisationen wären auch stark beeinträchtigt. Folge davon: ein erheblicher Reputationsschaden für die Schweiz auf internationaler Ebene.

EVP-Nationalrat und Interaction-Präsident Marc Jost appelliert an Bundesrat und Parlament: «In einer Welt voller Krisen und Unsicherheiten ist es zu kurzfristig, nur an die Armee zu denken. Eine starke Humanitäre und Entwicklungshilfe ist ein ebenso wichtiger Sicherheitsfaktor. Denn wenn es der Welt besser geht, wird die Schweiz sicherer.»

Interaction hofft und fordert, dass der Nationalrat die vom Ständerat vorgeschlagene Richtung klar korrigiert und sich auf der Grundlage einer starken Entwicklungszusammenarbeit für eine kohärentere Sicherheits- und Friedenspolitik einsetzt.

Kontakte:

Matthieu Dobler Paganoni, Geschäftsleiter Interaction, 076 580 21 41, matthieu.dobler@interaction-schweiz.ch

Marc Jost, Präsident Interaction, 076 206 57 57, marc.jost@parl.ch

Interaction ist der Dachverband christlicher Entwicklungsorganisationen in der Deutschschweiz und der Roman-die. Mit seinen 31 Mitgliedsorganisationen setzt sich Interaction für eine gerechte, menschenwürdige und sichere Welt für alle Menschen ein.

Interaction

Parkterrasse 10
CH-3012 Bern

info@interaction-schweiz.ch
www.interaction-schweiz.ch